

Kapitalismus vs. Demokratie

In öffentlichen Debatten wird uns zumeist suggeriert, dass Kapitalismus und Demokratie nicht nur zusammengehören, sondern dass „freie Märkte“ die Freiheit des Einzelnen bedingen. Ist „die Wirtschaft“ also „frei“, sind auch die Menschen „frei“. Diese Freiheit wird dann gerne mit Demokratie gleichgesetzt, die als „Freiheit von politischer Diktatur“ bezeichnet werden könnte. Diese USA- und eurozentristische Auffassung dient hauptsächlich der Rechtfertigung des gegenwärtigen Systems und argumentiert in etwa so: „Wir (im Westen) befürworten die Marktwirtschaft. Und offensichtlich leben wir in einer Demokratie. Daher wäre Demokratie ohne Marktwirtschaft nicht möglich.“ Ziel dieses Beitrags ist, diesen neoliberalen Zirkelschluss kritisch unter die Lupe zu nehmen und vielmehr die These zu belegen, dass Kapitalismus und Demokratie eigentlich ein Widerspruch sind. Folgende Vorgangsweise ist dabei angedacht.

Erstens sollen grundlegende Definitionen geklärt werden. Das, was gemeinhin nämlich als „Kapitalismus“ bezeichnet wird, sollte genau genommen „kapitalistische Marktwirtschaft“ heißen. Diese begriffliche Unterscheidung von Kapitalismus und Marktwirtschaft ist nicht ganz trivial, ermöglicht uns aber uns in gewisser Weise, das „Gute“ im „Kapitalismus“ vom „Schlechten“ zu trennen. Schließlich sind – wie Karl Polanyi betont hat – „Märkte“ nicht dasselbe wie eine „Marktwirtschaft“ und auch „Demokratie“ ist nicht gleich „Demokratie“. Eine auf breiter demokratischer Beteiligung beruhende „sozialistische Marktwirtschaft“ könnte etwa eine hoffnungsvolle Mischung all dieser Systeme darstellen.

Zweitens soll der grundlegende Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie zunächst philosophisch erörtert werden. Im Kern geht es dabei um die Überlegung, dass im Kapitalismus Ungleichheit das oberste Gebot ist (Reichtum, Wettbewerbsfähigkeit, Marktanteile und Profitmargen sind schließlich allesamt relationale Kategorien), während es in der Demokratie die Gleichheit ist (jeder Mensch hat eine Stimme im politischen Prozess). Existieren diese zwei Systeme nebeneinander, so entstehen mit Sicherheit Reibungen, die zwar vielleicht kurz- bis mittelfristig mithilfe gesellschaftlicher Konventionen eingehegt werden können, langfristig aber möglicherweise zu dauerhaften und sich zuspitzenden Problemen führen können.

Drittens soll ein kurzer historischer Überblick über die letzten 200 Jahre zur Klärung der Frage beitragen, wie sich Kapitalismus und Demokratie bis jetzt zueinander verhalten haben und ob man vielleicht sogar von Kausalitäten in die eine oder andere Richtung sprechen kann. Hier soll außerdem der Kapitalismus als „Weltsystem“ diskutiert werden, um eine internationale Perspektive einzunehmen, die das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie auch außerhalb des Westens fokussiert.

Viertens soll die Nachkriegszeit genauer betrachtet und kritisch unter die Lupe genommen werden. Diese Zeit des „Wirtschaftswunders“ ist nämlich auch heute noch im kollektiven Gedächtnis derart stark präsent, dass alleine die Erinnerung daran jeglichen Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie zu beseitigen scheint. Nichtsdestotrotz ist diese angeblich glorreiche Zeit – die vielerorts nur 30 Jahre andauerte (in Österreich etwas länger) – nur ein Wimpernschlag der Geschichte. So belegt Thomas Piketty beispielsweise, dass nur in dieser kurzen Zeitspanne (und das hauptsächlich im Westen) von einer zumindest nicht zunehmenden Ungleichheit gesprochen werden kann (da das Wirtschaftswachstum im Allgemeinen höher als die Kapitalrenditen war), während im ganzen Rest der Geschichte des Kapitalismus die Ungleichheit stets zunahm (da das Wirtschaftswachstum im Allgemeinen niedriger als die Kapitalrenditen war). Wolfgang Streeck wiederum argumentiert, dass selbst in der Nachkriegszeit die Krise des „demokratischen Kapitalismus“ nur „vertagt“ worden sei, wie die spätestens seit den 1970er Jahren wiederkehrenden Krisen verdeutlichen.

Fünftens soll ein kurzer Exkurs nach China eindrücklich beweisen, dass sich der Kapitalismus „überall“ wohlfühlt – also auch in Staaten, die offensichtlich nicht demokratisch sind. Dies zeigt schließlich die autoritären Tendenzen des Kapitalismus auf, die möglicherweise auch in einer Demokratie – obgleich in abgeschwächter Form – bestehen. Hier stellt sich dann die Frage, ob sich diese autoritären Tendenzen – im Zeitverlauf, bei zunehmender Kapitalakkumulation – derart zuspitzen, dass sie die Demokratie ernsthaft in Bedrängnis bringen.

Sechstens soll ein möglicher Ausweg skizziert werden, der den Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie beseitigen könnte, indem er entweder das autoritäre und ungleiche Element des Kapitalismus ernsthaft und dauerhaft bändigt, oder indem er den Kapitalismus „von innen“ und auf (radikal) reformistische Weise beseitigt. Dieser Ausweg nennt sich „Wirtschaftsdemokratie“.